

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung erfolgt höhere Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- RM monatlich ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenverschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Etzler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a.)

NUMMER 41 B

BERLIN • Donnerstag, den 18 Februar 1932

I. JAHRGANG

Japan und die Großmächte.

b Tokio, 16. Februar.

In den vergangenen Tagen ist es in der internationalen Niederlassung von Schanghai verschiedentlich zu Zusammenstößen von japanischen Soldaten und Europäern gekommen, wobei die Soldaten zu Gewalttätigkeiten griffen. Der japanische Kriegsminister ARAKI erklärte dazu einigen Pressevertretern, die japanische Regierung habe alles unternommen, um die Angelegenheit in Schanghai ohne großes Blutvergießen zu erledigen. Die Großmächte müßten begreifen, daß Japan in diesem Augenblick rücksichtslos vorgehen müsse, um endlich den Brandherd in Schanghai zu erledigen.

Bildung der mandschurischen Republik.

16. Februar.

In den nächsten Tagen werden in Mukden Beratungen über die Bildung einer mandschurischen Republik stattfinden. Daran nehmen teil: der Chef der japanischen Armee, HONJO.

General MA und der Vorsitzende des Verwaltungsrats der chinesischen Ostbahn.

Vor der Vollversammlung des Völkerbundes.

i Genf, 16. Februar.

Der Völkerbundsrat hat am heutigen Vormittag ohne Hinzuziehung der Vertreter Japans und Chinas über den chinesischen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes beraten. Es wurde beschlossen, daß zunächst die zwölf Ratsmächte einen dringenden Appell an die japanische Regierung mit der Aufforderung der sofortigen Einstellung aller militärischen Maßnahmen richten sollen. Dieser Appell wird noch heute nachmittag von einem engeren Redaktionsausschuß ausgearbeitet und sodann in einer neuen Sitzung der zwölf Ratsmächte am späten Nachmittag durchberaten werden. Die Frage der Einberufung der außerordentlichen Vollversammlung ist vor-

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

AUS DEM INHALT:

Krisen-Kongreß des ADGB.

Zentrumspolitik.

1700 auf die Straße.

Warnung

vor Währungsexperimenten.

Bebel über Gewerkschaftsarbeit.

Die freie Gewerkschaftsbewegung in Spanien.

H. P. Madrid, 14. Februar.

Von unserem Mitarbeiter in Spanien.

Anfang Februar tagte in Madrid der Landesauschuß der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften Spaniens (UGT). Diese Tagung verdient Beachtung, weil sie uns Aufschluß gibt nicht nur über den gegenwärtigen Stand, sondern auch über die Aussichten der freien Gewerkschaften für die Zukunft.

Von der Schaffung kräftiger und zweckmäßiger Gewerkschaftsorganisationen hängt in Spanien sehr viel ab. Die Aufgaben solcher Organisationen erstrecken sich auf weit umfangreichere Gebiete als in manchen anderen Ländern. Die Monarchie und der Klerikalismus haben der Republik eine gefährliche Erbschaft hinterlassen: Fast die Hälfte des spanischen Volkes kann weder lesen noch schreiben. Dieser Mangel, sich durch Lektüre politisch zu bilden, wird wettgemacht durch eine ursprüngliche Kraft, die dem Gefühlsleben der Massen innewohnt. Freilich, in Zeiten der Verhetzung und des politischen Betruges kann diese tiefe Leidenschaft der Erregten und Betroffenen auch sinnlos explodieren. Die verelendeten Bauern- und Arbeitermassen empfinden nur dumpf das Drückende und Unwürdige ihrer Lage und machen ihrem Haß gegen ihre Unterdrücker in nutzlosen Gewalttaten Luft. Die Heftigkeit und Ungeschultheit des politischen Meinungsaustausches verschärft den Kampf der spanischen Arbeiterschaft in den verschiedenen Parteilagern. Die unbeherrschte Leidenschaftlichkeit führt nicht selten zu tätlichen Angriffen auf Funktionäre. Revolver und Messer sitzen locker.

Diese politische Naivität und Wildheit kann nur durch mühevoll, aufklärende und ehrliche Arbeit beseitigt werden. Es gilt, dem spanischen Proletariat in geduldiger Arbeit die einfachsten Grundsätze des Klassenkampfes beizubringen, das blinde Rebellen-tum durch klassenbewußte, organisierte Aktionen zu ersetzen. Diese Aufgaben können die Parteien zur Zeit noch nicht erfüllen. Das Verständnis für die herrschenden Wirtschafts- und Machtverhältnisse kann in den großen Massen der Arbeiter und Bauern nur durch die Gewerkschaft geweckt werden, die den Blick des Proletariats täglich auf die einfachen Tatsachen des Ausbeutungsverhältnisses als der Ursache des Elends hinführt. Nirgends ist diese Vorarbeit der Hebung des allgemeinen Niveaus des Proletariats daher zur Zeit dringlicher als in Spanien.

Wie steht es in Spanien um diese Aufklärungsarbeit? Zwei Richtungen ringen um den Einfluß: Die unter der Leitung der Anarchisten stehende Confederación Nacional de Trabajo (CNT) und die Union General de Trabajo (UGT) unter dem Einfluß der Sozialisten. Ziele und Aufbau der ersteren sind, obwohl sie noch großen Einfluß haben, utopisch, das Programm für einen gerüsteten Gegner viel zu weit und nicht einmal völlig klar. Die zweckmäßigere und aussichtsreichere ist die UGT. Es haften ihr, wie wir sehen werden, schwere Mängel an, die ihren Bestand bedrohen und erschüttern können, aber sie hat doch schon eine Reihe wichtiger Aufgaben erfüllt. In vielen Orten des Landes sind Volkshäuser geschaffen worden, die in guter Ordnung gehalten werden. Bibliotheken stehen den Mitgliedern zur Benutzung frei. Die vorhandenen Unterrichts-räume werden fleißig für Kurse aller Art benutzt. Was wichtiger ist: Ein Beitragssystem sorgt für die Beschaffung der Mittel für Arbeitskämpfe und für die Versicherung der Mitglieder gegen Invalidität.

Die politische Belegung, die das spanische Volk seit dem Sturz der Monarchie erfahren hat, machte sich in einem stärkeren Zustrom neuer Mitglieder zu den Gewerkschaften bemerkbar. Der Vorsitzende der UGT, MANUEL CORDERO, hat bekanntgegeben, daß die Mitgliederzahl nunmehr auf über eine Million angewachsen sei. Dieser rasche Zuwachs, meinte der Vorsitzende, erwecke in ihm jedoch keine übermäßige Begeisterung; denn die Gefahr sei groß, daß diese Massen nicht so schnell durch erzieherische Tätigkeit mit den Ideen und der Disziplin der Organisation vertraut gemacht werden könnten.

Der Weg von „unten“.

F. L. Kassel, 16. Februar.

In dem kleinen etwa 400 Einwohner zählenden hessischen Orte Kirchhof haben die Arbeiter seit Jahren erkannt, welchen Nutzen eine Einheitsfront der Arbeiter hat. Aus ihrer Niederlage bei den vorigen Kommunalwahlen haben diese Arbeiter eine Lehre gezogen. Sozialdemokratisch-gesinnte, kommunistische und politisch unorganisierte Arbeiter haben sich zu einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, in der streng auf parteipolitische Neutralität gehalten wird. Wöchentlich einmal kommen etwa 25 Genossen zusammen. Da nur ganz wenige von ihnen in Arbeit stehen, ist es ihnen nicht möglich, in der Gastwirtschaft zusammenzukommen. Der Plan, eine alte Schmiede zu ihrem Versammlungsraum umzubauen, scheiterte am Mangel an Geldmitteln. Infolge der Bereitwilligkeit jedes einzelnen Genossen ließ sich die wöchentliche Zusammenkunft trotzdem durchführen. Die Genossen treffen sich jede Woche bei einem anderen ihres Kreises in der engen Küche oder Stube. Stühle und Plättbretter, Fußbänke, ja sogar der Fußboden müssen als Sitzgelegenheit herhalten. In diesem Plenum der Arbeiter werden die Aufgaben der Gemeindevertreter beraten und festgelegt. Ist dieser Stoff erschöpft, so berichten einzelne Genossen, was an Wichtigem in den Zeitungen steht. Denn nur ganz wenige Genossen sind in der Lage, eine Zeitung zu halten. Oder ein Genosse erzählt von Versammlungen, von politischen Gesprächen. So werden alle für die Arbeiterschaft wichtigen Ereignisse besprochen, und eine eigene Stellung zu ihnen wird erarbeitet.

Natürlich wurde auch die bevorstehende Reichspräsidentenwahl in einer Aussprache erörtert, an der ich auf Einladung einiger Genossen teilnahm. Der Vorschlag, daß ein Einheitskandidat der Arbeiterschaft aufgestellt werden sollte, und daß die Freien Gewerkschaften diese Aufstellung in die Wege leiten sollten, wurde angesichts der heutigen politischen Situation als

das einzig Vernünftige angesehen. Scharf, sehr scharf waren die Stimmen dieser Arbeiter über die blödierte lähmende Haltung der Freien Gewerkschaften, der KPD und der SPD. Die Kirchhofer Genossen haben nicht nur ihrem Mißfallen Luft gemacht, sondern ihre Möglichkeiten ausgenutzt für die Verständigung der Arbeiter-Organisationen in bezug auf die Reichspräsidentenwahl. Sie ersuchten bei ihrer Partei, Gewerkschaft und dem Arbeiter-Turn- und Sportbund um sachliche Stellungnahme zu diesem Vorschlag.

Eine Antwort ist bereits erfolgt, die klar zeigt, wo die Schwierigkeit bei der Verwirklichung der Einheitsfront sitzt. Die Bezirksleitung der KPD Hessen-Waldeck antwortete dem Kirchhofer KPD-Genossen:

„... Wir können heute nicht zu dieser Frage ausführlich Stellung nehmen, teilen Dir aber mit, daß Dein Brief und die darin vertretene Haltung absolut der Linie der Partei widerspricht und daß die Partei ihre Haltung nicht nur einmal, sondern unzählige Male klargelegt hat. Wir verweisen Dich in erster Linie auf den Artikel des Genossen Thälmann in der Dezember-Internationale.“

Eingegangen wird auf den Vorschlag nicht. Um so eindeutiger wird er abgelehnt: er widerspricht der Linie. Würde auf den Vorschlag sachlich eingegangen werden, so würde sich die Linie in Gefahr begeben, als falsch erkannt zu werden, und das wollen die KP-Funktionäre nicht. Ihnen geht die Linie über alles.

Genossen, sorgt dafür, daß die Parteifunktionäre endlich klug werden, klug in dem LENINSCHEN Sinne: „Klug ist nicht derjenige, der keine Fehler macht; solche Menschen gibt es nicht und kann es nicht geben. Klug ist derjenige, der nicht besonders wesentliche Fehler macht und der sie schnell und leicht zu korrigieren versteht.“

Zum Sturz von Laval.

k Paris, 16. Februar.

Das Gerücht, das Kabinett LAVAL sei durch den Senat bedroht, hat sich bewährt: LAVAL ist gestürzt worden, und zwar unter sehr merkwürdigen Formen; er hatte in der Kammer eine zuverlässige Mehrheit und stürzte trotzdem im Senat über einen einfachen Vertragsantrag, nämlich den, die allgemeine politische Aussprache bis zum 19. Februar zu verschieben! Der Senat sprach ihm mit 23 Stimmen Mehrheit das Vertrauen.

Die Ursache der Krise haben wir schon genannt: das Wahlreformgesetz, durch das die Opposition sich entscheidend bedroht sah. Die politische Erfahrung hat in Frankreich gelehrt, daß die jeweils am Ruder sich Befindenden bei den Neuwahlen im ersten Wahlgang im Vorteil sind, da die Wahlbezirke ihrem bisherigen Abgeordneten meist eine relative Mehrheit sichern. Erst die Stichwahl gibt den oppositionellen Gruppen die Möglichkeit, durch die Wahl eines gemeinsamen Kandidaten das Stimmverhältnis grundlegend zu verändern. Das Wahlreformgesetz sah vor, den zweiten Wahlgang zu streichen; in der Kammer war es angenommen; da zog die Linke die Kabinettskrise als das kleinere Übel der Duldung des Gesetzes vor.

Jetzt fragt es sich, wie sich das neue Kabinett zusammensetzen soll. Eine Regierung HERRIOT scheint ausgeschlossen, da die Mehrheit der Kammer kein radikalsozialistisches Regiment dulden würde. Es bleibt die Möglichkeit eines Geschäftskabinetts aus Senatoren — etwa unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten BARTHOU — oder vielleicht eines Kabinetts TARDIEU.

k Paris, 17. Februar.

Die Pariser Presse nimmt auf der rechten Seite begrifflicher Weise sehr erregt Stellung zu dem Sturz des Kabinetts. Das „Echo de Paris“ erklärt, der Senat könne sich rühmen, zum Vorteil der Feinde Frankreichs gearbeitet zu haben. Die Linkspresse begrüßt dagegen die Ereignisse. Die radikalsozialistische „Ere nouvelle“ macht Front gegen den etwaigen Versuch einer erneuten nationalen Regierung. LEON BLUM begrüßt im „Populaire“ den Sturz der Regierung, mit dem auch die Wahlreform gescheitert sei.

TARDIEU wird am Mittwoch von Genf nach Paris zurückkehren. Die Gerüchte über die Zusammensetzung der neuen Regierung nennen teils TARDIEU, teils PAUL BONCOUR als Ministerpräsidenten. Es herrscht Unruhe darüber, was in Genf geschehen soll, wenn TARDIEU die Konferenz verlassen muß, wo die konkreten Vorschläge, auch die von Deutschland zu erwartenden, noch in dieser Woche vorgebracht werden sollen.

Wie ist es möglich, daß eine Organisation, die die Aufnahme von Massen geradezu zum Programm erhebt, in Besorgnis gerät, weil ihr Massen zuströmen? Warum fürchtet CORDEIRO, daß die Massen mit den Idealen der Organisation nicht so rasch vertraut gemacht werden könnten? Und welche Art der Disziplin wird verlangt? Wir finden die Antwort auf diese Fragen, wenn wir prüfen, welche Probleme die Tagung des Landesausschusses vor sich hatte.

Im spanischen Parlament sitzen drei Minister der SP. Einer ist Arbeitsminister, ein anderer Minister für öffentliche Arbeiten, das sind zwei Ämter, die in intimer Verbindung mit den Interessen der Arbeiterschaft stehen. Wir wissen durch Erfahrungen in anderen Ländern, wozu die Beteiligung sozialistischer Minister an bürgerlichen Staatsgeschäften geführt hat: Zur Unterordnung des Parteistandpunktes unter die „Staatsnotwendigkeit“. So hat der Minister für öffentliche Arbeiten, PRIETO, die Empörung der Eisenbahner hervorgerufen durch seinen Widerstand gegen deren berechtigte Forderungen. Das liberale Bürgertum quittiert dankend und lobt den Minister, weil er den Mut fand, die nationalen Belange vor den Einzelinteressen einer Gruppe von Menschen zu wahren.

Wir könnten der SPS getrost die schwierige Aufgabe überlassen, sich vor ihren Wählern zu rechtfertigen. Leider aber geht es nicht nur um die Sozialistische Partei, sondern auch um die Gewerkschaftsorganisationen.

Der Grund dafür liegt in der fast völligen Identität der SP und UGT. Diese enge Verbindung besteht nicht etwa heimlich, sondern wird vielmehr deutlich hervorgehoben, wahrscheinlich, um die Geschlossenheit der sozialistischen Front zu beweisen. Wie wenig aber in Wirklichkeit der Gewerkschaftsbewegung durch diese enge Verbindung gedient ist, zeigt die Wirkung des Eisenbahnerkonflikts. Die große Verlegenheit der freien Eisenbahnergewerkschaft gegenüber diesem Problem hat der ganzen Tagung der UGT den Stempel aufgedrückt. Auf dieser Tagung wurde nämlich allen Ernstes darüber verhandelt, ob die Minister angesichts des Schadens, den die Gewerkschaft durch deren Tätigkeit erleidet, noch weiterhin im Amt bleiben sollen. Natürlich haben es die drei Minister verstanden, die schwankenden Elemente zu überzeugen, wie wichtig ihr Verbleiben im Amt sei.

Damit ist die Gewerkschaftsleitung in die Sandwege geraten, die ihr ein Vorwärtsschreiten nach einer eigenen gewerkschaftlichen Taktik ungeheuer erschweren werden; sie sieht davor, die traurige Rolle zu übernehmen — wie wir das auch in anderen Ländern erleben —, die gewerkschaftlichen Kämpfe abzuwürgen, nur um die Minister der Partei, in deren Schlepptau sie geht, im Amt zu halten. Schon jetzt zeigt die neue Streikwelle, die Spanien ergriffen hat, daß die freien Gewerkschaften nicht an ihr beteiligt sind.

Welche Gelegenheiten werden hier verpaßt!

Noch befindet sich das spanische Proletariat auf einem organisatorischen Niveau, wo ihm noch nicht einmal das, was Gewerkschaftsdisziplin eigentlich fordert, schon unter die Haut gegangen ist, und wo zum Glück noch keiner „versteht“ — was nicht zu verstehen ist —, wieso die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft die Unterwerfung unter die Rücksichten einer politischen Partei verlangen sollte. Einstweilen opponieren die Eisenbahner noch dagegen, mit ihrer Gewerkschaft als Mittel für die Zwecke einer Partei gebraucht zu werden.

Andererseits wird nun auch verständlich, warum der Vorsitzende der UGT, der die Verbindung mit der sozialistischen Partei eingegangen ist, in Besorgnis gerät, wegen des raschen Wachstums der Organisation. Er kennt alle Schwierigkeiten, die er dank der Rücksicht auf die Politik der SPS den Mitgliedern seiner Gewerkschaft zumuten muß. Er wird von ihnen verlangen, die Aufgaben von Parteimitgliedern zu übernehmen. Er sieht die Gefahr, daß die einströmenden Mitglieder, weit davon entfernt, sich zu solchem Gehorsam zu bekennen, der Organisation den Rücken kehren und vielleicht sogar anderen radikalen Organisationen beitreten werden. Er möchte also den Zustrom bremsen, um besser mit ihnen in seinem Sinne fertig zu werden.

Gerade in Spanien wäre es an der Zeit, eine parteipolitisch neutrale, allein auf den Wirtschaftskampf eingestellte Organisation aufzubauen. Nirgendwo ist die Gefahr größer, daß die organisatorische Unerfahrenheit der Arbeiter entweder dazu mißbraucht wird, ihnen eine Taktik aufzunötigen, die die Gewerkschaft mit der Partei verkoppelt und beide an den Wagen der bürgerlichen Koalitionspolitik spannt oder daß die Arbeiter revoltieren und mit den Gewerkschaften (und mit Gewerkschaftsarbeit überhaupt) nichts mehr zu tun haben wollen. Es

wird halbe Arbeit in Spanien gemacht. Die führenden Arbeiterorganisationen, deren Vertreter in der Regierung oder in den Cortez etwas zu sagen haben, weichen vor entschiedenen, freilichlichen Schritten zurück. Das erregte Volk schreitet zur Selbsthilfe, greift vielfach fehl, und wird von der Ordnungspolizei zur Ruhe gebracht. Auf keinem Gebiet, weder auf wirtschaftlichem, noch auf kulturellem, noch auf dem der Verwaltung, hat sich der revolutionäre Geist behauptet. Ueberall ein Zurückweichen, ein Abwarten, das Ergebnis einer Bürgerpolitik, die aus Angst vor dem sozialistischen Aufstieg die reaktionären Mächte schon.

Der Streik in Spanien.

In der Nacht zum Dienstag kam es in Saragossa zwischen streikenden Syndikalistinnen und einer Patrouille der Zivilgarde zu blutigen Kämpfen. — Der Zugverkehr von Barcelona war für Stunden auf mehreren Linien unterbrochen, da die Streikenden die Schienen auf großen Durchgangslinien aufgerissen hatten. Die Schienen wurden aber rasch ausgebessert, so daß heute der Verkehr schon wieder voll aufgenommen worden ist. — Der Streik ist zum großen Teil zusammengebrochen; in den meisten Städten ist die Arbeit wieder im Gang, nur in Sevilla dauert der Streik noch an. — Die Regierung ist entschlossen, weiter mit Gewalt jeden Versuch eines Aufstandes niederzuschlagen. In Barcelona soll ein Schiff bereitliegen, um die Anführer der Streikbewegung zu deportieren.

Japan und die Großmächte.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

läufig auf Donnerstag verschoben worden, da man zunächst die Antwort der japanischen Regierung auf den Appell abwarten will. In Ratskreisen besteht das ausgesprochene Streben, einer außerordentlichen Vollversammlung möglichst aus dem Wege zu gehen, da man hierdurch neue internationale Verwicklungen diplomatischer Art befürchtet.

Vorübergehende Waffenruhe in Schanghai.

in Schanghai, 16. Februar.

In Schanghai herrscht Ruhe vor dem Sturm. Chinesen und Japaner ziehen neue Truppenmassen zusammen, die Japaner, um die geplante große Offensive wagen zu können, die Chinesen, um diesen Angriff entscheidend abzuschlagen.

Der chinesische Ministerpräsident WAN SIN WEI erklärte, China werde, selbst wenn seine Armee von den Japanern geschlagen werde, sich nicht unterwerfen. Es werde passiven Widerstand leisten und Kleinkrieg führen. Der gegenwärtige Zustand solle in die Länge gezogen werden; denn die chinesische Regierung wisse, daß Japan nicht jahrelang eine Armee in China unterhalten könne. „Wir erklären ausdrücklich, daß wir nur dann mit Japan einen Frieden schließen würden, wenn Japan bedingungslos das chinesische Gebiet räumt.“

Japanisch-mongolisches Bündnis?

in Moskau, 17. Februar.

Wie es heißt, hat der mongolische Fürst LAMA als Vertreter der mongolischen Fürsten dem japanischen General Honjo den Vorschlag gemacht, ein formelles Bündnis mit der inneren Mongolei abzuschließen. Honjo hat den Vorschlag dem japanischen Kabinett übermittelt.

Der Völkerbund.

in Genf, 17. Februar.

Der Appell des Völkerbundes an Japan ist völlig unverbindlich gehalten. Er enthält weder den Wunsch auf Einstellung der Feindseligkeiten noch einen praktischen Vorschlag. Es wird im wesentlichen nur darauf hingewiesen, daß die chinesische Regierung sich bisher erklärt habe, die Vorschläge und Entscheidungen des Völkerbundes anzunehmen, während die japanische Regierung diese Vorschläge stets abgelehnt habe.

Der Vertreter der englischen Regierung hat angeblich während der Ratsitzung an den japanischen Botschafter sehr energisch die Aufforderung gerichtet, die japanische Regierung solle jedes weitere militärische Vorgehen in Schanghai einstellen und möglichst bald die japanischen Truppen aus Schanghai zurückziehen.

Am Fenster steht Germaine de Bassancourt, sie blickt auf die Seine hinunter, hinweg über die Menschenmauern am Kai. Heiße Sommerluft flimmert über dem Fluß. Was soll Germaine dem Minister sagen? Die Zumutung, die Saint Brice ihr gestellt hat, ist geradezu lächerlich! Brandt aushorchen! Zum Ueberlaufen in die andre Front bewegen! Sein kühnes Gebäude umstürzen! . . . Nein, Germaine hat nicht die mindeste Anlage zur Spionin oder Intrigant. Aber der alte Saint Brice ist ein gefährlicher Gegenspieler! Wenn ihm Brandt im Wege steht, räumt er ihn sicher ohne Gewissensbisse fort. Ist denn ein Verräter, wer seinem Land das Grauen eines Krieges ersparen will? . . . Germaine seufzt und wendet sich langsam um. Sie sieht den englischen Botschafter aus dem Arbeitszimmer kommen und den Gesandten Südslawiens hineingehen. Alle stürzen sich jetzt auf den Geplagten mit Wünschen, Drohungen, Ueberredungskünsten . . . Wie soll sich Brandt dieser widerspruchsvollen Gewalt erwehren? . . . Eine große Trauer erfaßt Germaine.

Drinnen im Arbeitszimmer sitzt Brandt dem Südslawen gegenüber.

„Ich habe Ihrer Regierung meine Einstellung bereits vor zwei Tagen von Washington aus mitgeteilt“, sagt er mit freundlicher Bestimmtheit. „Räumen Sie Albanien. Im anderen Falle kann ich Ihnen keine französische Unterstützung in Aussicht stellen.“

„Sie vergessen unser Bündnis!“ protestiert der Südslawe. „Ihr Parlament hat es seiner Zeit ratifiziert!“

Brandt nickte lächelnd. „Parlamente glauben oft, Vertreter des Volkes zu sein. In entscheidenden Stunden zeigt sich zuweilen das Gegenteil. Dem Bündnis zuliebe kann Frankreich sich nicht in einen Weltkrieg stürzen. Das Wichtigste aber: ich betrachte den Bündnisfall nicht für gegeben.“

„Baron Saint Brice hat mir gestern noch feierlich seine Mithilfe zugesichert!“

„Ich betrachte mich nur als Vollstrecker des Volkswillens. Dieser Volkswille verbittet sich Abenteuer mit unabsehbaren Folgen.“

Der Kongreß der spanischen sozialistischen Jugend beschloß, einen Antrag an die Leitung der Sozialdemokratischen Partei zu richten, worin die Bildung einer bewaffneten sozialistischen Miliz zur Verteidigung der spanischen Republik gefordert wird.

AUGUST BEBEL über Gewerkschaftsarbeit.

AUGUST BEBEL, der alte Führer der deutschen Arbeiterbewegung, hat am 25. Mai 1900 im Berliner Gewerkschaftshaus eine Rede über „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ gehalten, die trotz ihres Alters, und trotz der scheinbaren Selbstverständlichkeit der in ihr vertretenen Gedanken, so aktuell ist, daß die Worte, die BEBEL über die Notwendigkeit parteipolitischer Neutralität gefunden hat, verdienen, hier festgehalten zu werden:

„Ist die Gewerkschaft eine starke, hat sie eine geschickte Leitung, die die Lage auszunutzen versteht, da kann es ihr unzweifelhaft gelingen, auf verschiedenen Gebieten sehr große Vorteile für die Arbeiter zu erreichen. Deshalb ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin, der Gewerkschaft beizutreten und sie nach Kräften zu unterstützen. . . . Die Gewerkschaftsbewegung muß politische Meinungsverschiedenheiten beiseite lassen, dafür aber allgemeine Arbeiterpolitik treiben. Dann ist es auch selbstverständlich, daß die Parteipolitik aus den Organisationen ferngehalten werden soll.“ (Hervorhebungen von uns! Die Red.)

Weitere Kämpfe in Indien.

Immer wieder dringen vereinzelt Nachrichten herüber von den Kämpfen zwischen den Kongreß-Anhängern mit der Polizei. In Tarapur kam es zu schweren Zusammenstößen; zwei Kongreß-Führer wurden getötet; auf seiten der Polizei 24 Beamte verwundet.

GANDHIS Begleiterin, die Engländerin MISS SLADE, hat den Befehl erhalten, Bombay binnen 24 Stunden zu verlassen. Sie hat geantwortet, daß sie diesen Befehl nicht ausführen werde und ihrer Verhaftung entgegen sehe. Ein Telegramm von ihr an einen englischen Abgeordneten soll durch die Regierung aufgehalten worden sein. Ein Engländer in Indien hat sich wegen dieser Angelegenheit an den Staatssekretär für Indien gewandt. Falls er keine Antwort erhält, will er die Sache im englischen Unterhaus zur Sprache bringen. Das Telegramm der MISS SLADE hat u. a. eine kurze Uebersicht über die jüngsten Regierungsverfügungen in Indien enthalten.

Ruhe in Memel.

Bis 14 Uhr mittags ist es am Dienstag in Memel nirgends zu Ruhestörungen oder Kundgebungen gekommen. Wie man erzählt, sind auf Weisung aus Kowno von Gouverneur MERKYS die litauischen Aktivisten angewiesen worden, größere Kundgebungen im Hinblick auf die schwebenden Genfer Verhandlungen zu unterlassen. Auch die Militärpatrouillen sind von den Straßen zurückgezogen worden. Obwohl in Memel von allen öffentlichen Gebäuden litauische Flaggen zur Feier des Unabhängigkeitstages wehen, und sich insbesondere die Bahnhöfe durch Girlandenschmuck auszeichnen, herrscht in den Betrieben, in Läden und auf den Straßen das übliche Alltagsgetriebe. Lediglich die öffentlichen Anstalten, Post und litauische Staatsbank sind geschlossen.

Ermächtigungsgesetz in Oesterreich.

in Wien, 16. Februar.

Im österreichischen Nationalrat wurde heute die erste Lesung der Ermächtigungsgesetze beendet. Es handelt sich dabei um Vollmachten für die Regierung, ohne Zustimmung des Parlaments Verfügungen zu treffen. Die Ermächtigungsgesetze bedürfen zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit, die nur durch die Einwilligung der Sozialdemokraten erreicht werden kann.

In der Aussprache stießen die Gesetze auf starke Ablehnung. Der Redner der Sozialdemokraten sprach gegen sie, weil in der Regierung zwei Vertreter der Christlich-Sozialen seien, die laut nach Ausschaltung der Volksvertretung riefen — gemeint sind VANGOIN und SCHUSCHNIGG. Außerdem warf er ebenso wie der Sprecher der Großdeutschen der Regierung ein heimliches Zusammengehen mit Frankreich vor.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(40. Fortsetzung.)

Saint Brice macht eine geringschätzige Gebärde. „Furcht? — Ich will Herrn Brandt nur den Rückzug erleichtern. Verschämt er ihn, dann wird der Staat zu handeln wissen.“

Fräulein Bassancourt erhebt sich in plötzlichem Entschluß. „Gut, Baron. Ich fahre jetzt zu Herrn Brandt. Vielleicht kann ich Frankreich einen Dienst erweisen. Nur — betrachten Sie mich nicht als ihre Agentin oder Zuträgerin!“ Der große Kavalier küßt ihre Hand. „Sagen Sie ihm, das Vaterland wartet!“

Germaine tritt auf die sonnenheiße Straße hinaus, steigt in ihren Wagen, der zwischen zusammengewallten Menschenhaufen hindurchsteuert.

Sie hat nur einen Gedanken: Brandt muß geschützt werden! Vor seinen mächtigen Feinden und — vor der dunklen Tiefe seines eigenen Wesens!

XV.

In einem der Säle, die sich rings um das Arbeitszimmer des Außenministers gruppieren, klingen die Stimmen gedämpft durcheinander. Etwa zwanzig Herren warten auf Audienz. In der äußersten Ecke redet der polnische Gesandte lebhaft auf den rumänischen ein. Der Präsident der Kammer hört gelangweilt auf die leidenschaftlichen Ergüsse, die der Chefredakteur der „Action Française“ ihm ins Ohr rauschen läßt. Mit schwerfälligen Schritten wuchtet die Gestalt eines lothringischen Großindustriellen durch die Länge des Saales, den Kopf gesenkt, die Lippen in Bewegung, als memorierte er die Rede, mit der er den Minister Brandt zu überfallen gedankt. Auf einem der Wandsofas liegen drei Abgeordnete verschiedener Parteien einander in den Haaren.

„Volkswille!“ ruft der Südslawe erregt aus. „Herr Minister, würden Sie nicht der Letzte sein, der das entscheidende Wort der Straße überließe?“

„Ich würde der Straße das Regieren gewiß nicht überlassen“, lächelt Brandt, „wohl aber erblicke ich meine Aufgabe darin, die Gesinnung der Massen als Basis meiner Entschlüsse gelten zu lassen, die starken, oft nicht einmal bewußt formulierten Impulse der Massen in sinnvolle Tat umzusetzen. Ich regiere nicht gegen die Masse meines Volkes, die Sie anscheinend gering achten, sondern für sie. Denn sie sind die Kraftquelle und die Zukunft Frankreichs!“

Während Brandt den beschwörenden Worten des Bundesgenossen unerschütterlich widersteht, geht draußen General Audinot, der Chef des Generalstabes, auf und ab. Die im Saal Anwesenden sehen heimlich nach seiner kerzengeraden, fast zwei Meter hohen Gestalt hin. Dieser General mit dem bartlosen, von Energie zusammengerissenen Gesicht, den gebuschten Brauen über kalten, klarblickenden Geiraugen, ist verkörperte Souveränität. Man glaubt ohne weiteres von ihm, daß er ohne Erregung eine Million Soldaten zum Angriff ansetzt, ohne Zucken der Wimper, nicht aus Bedürfnis nach Blut und Ruhm, sondern weil er den Befehl als Notwendigkeit erkennt.

Germaines Augen gleiten zur Tür, wo der heraustretende Südslawe mit bleichem Gesicht den Türgriff dem Generalstabschef in die Hand gibt.

„Ich habe Sie zu mir gebeten, Herr General“, sagt drinnen der Minister zu dem hohen Offizier, „weil ich eine klare Antwort von Ihnen brauche. Es gehen in Paris Gerüchte um, daß heute nacht fünfzehnhundert Flieger aus der Reserve heimlich einberufen wurden. Ist das zutreffend?“

„Da haben wir's wieder!“ ruft Audinot voll Verachtung aus. „Unser Land wimmelt von Spionen!“

„Also die Nachricht stimmt?“ unterbricht Brandt mit leiser Ungeduld.

Der General, der die hohe Gestalt des Ministers noch um eine gute Handbreite überragt, streckt sich noch mehr in die Höhe. „Es gehört zu meinen Kompetenzen, Herr Minister, Frankreichs Kriegsbereitschaft zu gewährleisten“, antwortet er kurz und scharf.

(Fortsetzung folgt.)

Krisenkongreß des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB war zwei Tage im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner vierten Tagung versammelt.

Arbeitszeit — Krümpersystem.

LEIPART kritisierte in seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes vor allem die Haltung des Reichsarbeitsministers in der Frage der allgemeinen Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit. Bei seinen Ausführungen zur Reparationsfrage äußerte er sich nach den uns vorliegenden Berichten leider nicht zu der Antwort, die die französischen Gewerkschaften ihm auf die Behauptung gegeben haben, daß Reparationszahlungen nicht mehr berechtigt seien.

SPLIEDT berichtete über das Krümper-System, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand eingesetzt hat. In der Aussprache wurde es als nur unter bestimmten Voraussetzungen durchführbar bezeichnet.

Am ersten Tag der Tagung betonte LEIPART zum Abschluß, daß jede Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine neue harte Belastung der Arbeiterschaft darstelle; es gelte aber zu vermeiden, daß aus 6 Millionen Arbeitslosen 7 oder 8 würden. Einen Sinn habe das Opfer, das die Arbeiterschaft bei Verkürzung der Arbeitszeit auf sich nehme, nur dann, wenn die Einführung der 40-Stunden-Woche in einer Weise erfolge, die Gewähr bietet für die Einstellung von neuen Arbeitskräften.

Arbeitsbeschaffung.

Auf dem zweiten Sitzungstag gab zunächst WILHELM EGGERT ein Bild von dem raschen Verfall der wirtschaftlichen Kräfte. Er ging sodann ein auf die Möglichkeiten der Bekämpfung der Krise. Dabei lehnte er alle Pläne, die Wirtschaftskrise durch eine Doppelwährung zu überwinden, scharf ab.

TARNOW trat ein für Arbeitsbeschaffung. Die öffentlichen Körperschaften sollten Schuldverschreibungen ausgeben, die von der Reichsbahn als Deckung für die von ihr zu eröffnenden Kredite zur Arbeitsbeschaffung dienen sollten. TARNOW schlägt vor, mit einem Aufwand von zwei Milliarden Mark einer halben Million Arbeitern Beschäftigung zu beschaffen. Davon würden 600 Millionen Mark durch freierwerbende Arbeitslosenunterstützungen gedeckt, ein weiterer Betrag durch Steuern und Sozialabgaben der neuangestellten Arbeiter. Es brauchen also nur 1,2 Milliarden Mark zusätzliche Kaufkraft geschaffen zu werden. TARNOW wies auf das amerikanische Beispiel hin: auch die Amerikaner suchten jetzt den Ausweg aus der Krise durch eine große Kreditausweitung. TARNOW sagte, daß über die Finanzierung durch Kreditschöpfung in den Reihen der Gewerkschaften sehr stark Meinungsverschiedenheiten beständen. Das hindere die Gewerkschaften daran, aus dieser bestimmten Idee eine Aktion zu machen. Sie müßten sich daher auf das beschränken, worin sie einig seien, und das Prinzip der aktiven Konjunkturpolitik durch Arbeitsbeschaffung propagieren. Das Finanzierungsproblem werde dann von selber akut werden.

BACHEM, der Direktor der Arbeiterbank, berichtete dann ausführlich über den WAGEMANN-Plan, an dessen Ausarbeitung er bekanntlich beteiligt war. Er wies besonders darauf hin, daß der Plan keinerlei Vermehrung des Notenumlaufes vorsehe. (?)

NAPTALI betonte gegenüber TARNOW, man müsse die internationale Verflechtung stärker berücksichtigen. Aktive Konjunkturpolitik sei heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf internationale, insbesondere deutsch-französische Verständigung abzielen müsse. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung dürfe nicht Illusionen wecken. Er betont insbesondere die Schwierigkeiten der Finanzierung, hält es aber für möglich, auf dem normalen Anleihewege den öffentlichen Stellen Mittel zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Er spricht jedoch nur von 200 000 Neueinstellungen.

TARNOW verteidigte seinen Plan gegenüber den Einwendungen NAPTALIS und betonte, man müsse auch im Rahmen der nationalen Wirtschaft konstruktive Lösungen finden.

In der Aussprache wurde besonders betont, daß die öffentliche Hand auf dem Gebiet der Bauwirtschaft eingreifen müsse; ohne deren Belegung könne die Ankerbelung der Wirtschaft im allgemeinen nicht kommen. Insbesondere wurde über die Möglichkeiten gesprochen, durch eine Umwandlung der Hauszinssteuer in eine Rentenschuld Mittel zu gewinnen zur Finanzierung des Wohnungsbaus. Man müsse Lösungen suchen im Sinne des Sozialismus, da die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf der Ebene des kapitalistischen Systems nicht mehr gelöst werden könnten. Die Gewerkschaften müßten die Führung ergreifen bei dem Bestreben, Wege aus der Krise zu finden.

Auf LEIPARTS Vorschlag wird einstimmig beschlossen, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß als Krisenkongreß einzuberufen. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses sollten zu diesem Zweck für ein bis zwei Tage zusammenberufen werden. Der Reichskanzler solle aufgefordert werden, auf dem Kongreß zu erscheinen.

Entschließung.

Der Bundesausschuß faßte einstimmig die folgende Entschließung:

Die in den letzten 1½ Jahren zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassenen Notverordnungen haben den arbeitenden Volksmassen unerhörte Opfer auferlegt, der Wirtschaft aber keine Entlastung gebracht.

Von 2,7 Millionen am Anfang der Notverordnungsperiode ist das Arbeitslosenheer auf weit über 6 Millionen angewachsen. Die gewaltsame Herabsetzung der Löhne und der sozialen Leistungen bewirkte eine ungeheure Schrumpfung der allgemeinen Kaufkraft und führte zwangsläufig zu einer weiteren Drosselung der Produktion, zur Verschärfung der Krise und zu einer unablässig steigenden Verelendung des Volkes. Millionen Menschen leiden bitteren Mangel, während die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe vergeblich um den Absatz ihrer Produkte ringen. Auch der Versuch der Reichsregierung, den lebensnotwendigen Export dadurch zu sichern, daß sie dem Währungsdumping des Auslandes die deutsche Deflationspolitik entgegenstellte, ist gescheitert.

Die letzte Notverordnung kürzte die Löhne um durchschnittlich 12 Prozent; die Lebenshaltungskosten sanken aber nur um 5 Prozent.

Auf diese Weise ist jene „neue Lage“ entstanden, die nach dem feierlichen Versprechen des Reichkanzlers die Regierung zu entsprechenden Schritten zugunsten der Arbeiterschaft verpflichtet.

Die Reichsregierung hat erklärt, daß die letzte Notverordnung den Schlußstrich unter die Deflationsperiode ziehe. Der offensichtliche Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik muß sie zu der Erkenntnis zwingen, daß sie nunmehr vor der Aufgabe steht, endlich wirksame Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu treffen.

Die Gewerkschaften erinnern an ihre mannigfachen Vorschläge, die sie der Reichsregierung auf dem Gebiete der Bank-, Kredit-, Steuer-, Preis- und Zollpolitik unterbreitet haben. Auf ihre Durchführung wartet die Arbeiterschaft bisher vergeblich. Besonders ist von der Reichsregierung die dringliche Forderung der Gewerkschaften nach besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit (40-Stunden-Woche) trotz der ihr durch Notverordnung erteilten Ermächtigung nicht erfüllt worden.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Ueberarbeit und die ernsthafte Bekämpfung des Doppelverdienstes erfordern nur den entschlossenen Willen der Reichsregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen.

Die Gewerkschaften anerkennen nach wie vor die Notwendigkeit, der allgemeinen Weltwirtschaftskrise durch eine aktive Außenpolitik entgegenzuwirken. Innerpolitische Maßnahmen allein können nicht dauernd helfen und sind im Erfolg abhängig von einer baldigen internationalen Verständigung.

Aber möglich als ein Anfang und entscheidend in der heutigen Situation im eigenen Lande ist eine Arbeitsbeschaffung großen Ausmaßes.

Die unverkennbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe entheben die Reichsregierung nicht der Notwendigkeit, sie unverzüglich in Angriff zu nehmen. Der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung stehen keine unüberwindlichen Hindernisse entgegen.

Nach den verhängnisvollen Deflationsexperimenten der Notverordnungen darf sie nicht mit dem Hinweis auf angebliche Gefahren für die Währung abgetan werden.

Wieder 1700 auf die Straße.

Essen, 16. Februar.

Auf der Schachtanlage Lünen der zum Interessensbereich der Harpener Bergbau AG. gehörenden Gewerkschaft „Victoria“ werden wiederum rund 200 Bergarbeiter zu Ende Februar entlassen.

Saarbrücken, 16. Februar.

Die — auf Einspruch der Bergarbeiterorganisationen zwei Monate hinausgeschobene — Stilllegung der Grube „VON DER HEYDT“ hat in den betroffenen Gemeinden große

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß bei ernster Zusammenarbeit des Reiches, der Länder, der Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost, der Reichsbank und der übrigen verantwortlichen Körperschaften das Finanzproblem gelöst werden kann.

Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hängt die Existenz von Volk und Staat ab. Nur die tatkräftige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann den inneren Frieden im Reiche sichern und das Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands im Inlande und im Auslande wiederherstellen.

Der Entschluß des ADGB, in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise mehr als bisher die Führung zu ergreifen, wird in den Reihen der Gewerkschaftskollegen und darüber hinaus fast aller Arbeiter auf freudigen Widerhall stoßen. Es kommt darauf an, durch eine eindrucksvolle Kundgebung der Öffentlichkeit zu zeigen:

Die Arbeiterschaft läßt es sich nicht länger gefallen, daß auf ihrem Rücken ein Experiment nach dem anderen unternommen wird, um bankrotten Schwerindustriellen und Großgrundeigentümern über die Krise wegzuhelfen.

Dadurch ist die Krise bisher nur verschärft worden. Daß durch Bescheidung der Massenkaukraft die Wirtschaftskrise nur verschärft wird, dies ist — abgesehen von allen einzelnen Meinungsverschiedenheiten, die auch auf der Tagung des Bundesausschusses zutage getreten sind — Gemeingut der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Der geplante Krisenkongreß kann nur dann ein Erfolg werden, wenn er klar zeigt, wie durch Stärkung der Massenkaukraft die Krise überwunden werden kann.

Bis zu dem Krisenkongreß muß der von TARNOW geschilderte Zustand, daß die Gewerkschaften durch Meinungsverschiedenheiten innerhalb ihrer eigenen Reihen daran gehindert sind, aus einer bestimmten Idee eine politische Aktion zu machen, unbedingt überwunden werden.

Auf jenem Kongreß darf nicht nur gesagt werden, daß etwas zur Überwindung der Krise, also zur Stärkung der Massenkaukraft, geschehen soll, sondern auch, was geschehen soll. Es ist also notwendig, diese Fragen vor jeder Tagung in sachlichen Diskussionen zu klären.

Erregung verursacht. Die Entlassung von 900 Bergleuten verursacht den vier kleinen Gemeinden der Bürgermeisterei Sellaerbach Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung von etwa 260 000 Francs.

Kattowitz, 16. Februar.

Die Stickstoffwerke in Chorzow haben beschlossen, am 1. April 600 Arbeiter zu entlassen, da verschiedene Abteilungen des Werkes stillgelegt werden. Seit dem 1. Januar 1930 waren bereits 1000 Arbeiter und Angestellte entlassen worden.

Die Bochumer Bergarbeiter-Konferenz.

E. Sch. Am 7. und 8. Februar fand, wie wir meldeten, in Bochum die Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands statt. Aus dem Referat HUSEMANN, des ersten Vorsitzenden des Verbandes, zunächst einige erschütternde Zahlen:

„Seit Juli vorigen Jahres wurden an der Ruhr etwa 25 000, in den beiden schlesischen Revieren rund 2500 und in Sachsen 1000 Bergleute abgebaut. Das Aachener Revier hat seine Belegschaft noch um etwa 200 Mann erhöht. Außerdem wurden 1931 allein an der Ruhr rund 9,4 Millionen Feierschichten eingelegt, die sich ziemlich gleichmäßig auf die beiden Halbjahre verteilen. Das entspricht etwa der Vorjahreszahl, die mit 9,6 Millionen Feierschichten ausgewiesen worden ist. Trotz rigoroser Belegschaftsverminderung hat die Feierschichtenzahl also keine Verminderung erfahren. (Gibt es an der Ruhr doch Schachtanlagen, die im Jahre 1931 75 bis 89 Feierschichten eingelegt haben. . . . Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter steht gegenwärtig um mehr als 50 Prozent unter der des Jahres 1913. 1913 wurden im deutschen Bergbau 989 000 Bergarbeiter gezählt, während 1921: 1,2 Millionen, am 1. Dezember 1930: 727 000 und am 1. Dezember 1931 nur noch 470 000 Bergarbeiter beschäftigt wurden.“

Im Krümper-System sieht der Bergarbeiterverband ein wichtiges Mittel zur Milderung der Lage der Bergarbeiter. Wichtig sind daher Erfahrungen, die man mit dem Krümper-System gemacht hat. Der Bezirksleiter HOFFMANN führte aus, daß durch die Einführung dieses Systems 1864 Bergarbeiter in Niederschlesien in Arbeit geblieben seien, die sonst erwerbslos geworden wären. Die werksbeurlaubten Bergarbeiter hätten im Vergleich zu ihrem bisherigen Einkommen eine Verdienstschmälerung nicht erlitten, da sie bereits vorher mit Feierschichten zu rechnen gehabt hätten. Die Werksbeurlaubten erhalten in dem Feiertag die Hälfte des Tarifurlaubs und für die übrige Zeit die halbe Arbeitslosenunterstützung. Die Karenzzeit fällt dabei fort. Das Krümper-System werde als ein begrüßenswerter Fortschritt bewertet. Vor allem sei beachtenswert, daß der Gesundheitsstand der Belegschaft sich ungemein verbessert habe. Nur noch ungefähr 3,8 Prozent Krankfeiernde seien vorhanden, ein Prozentsatz, wie man ihn so günstig noch nie gekannt habe. Sehr bemerkenswert ist auch, daß die werksbeurlaubten Arbeiter auf Grund der Vereinbarung einen Kündigungsschutz genießen, der willkürliche Entlassungen unmöglich macht. Auf Grund dieser Ausführungen wurde einstimmig verlangt, das Krümper-System auch in den übrigen Bergbaugebieten zu fordern.

Zur Genfer Kohlenkonferenz nahm die Reichskonferenz nach einem Bericht Dr. BERGERS (Bochum) folgende Entschließung an: „Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands fordert die baldige Ratifizierung des Genfer Arbeitszeitabkommens für den Bergbau und verlangt von der Reichsregierung, daß sie auf der für April vorgesehenen Regierungskonferenz der Kohlenländer in positiver Weise für die unverzügliche Inkraftsetzung dieses Abkommens eintritt. Der sich immer mehr steigende Wirrwarr auf den europäischen Kohlenmärkten macht eine Beschleunigung der Ansätze zur Regelung der internationalen Kohlenwirtschaft entsprechend den Empfehlungen der Genfer Kohlenkonferenz vom Januar d. J. erforderlich. Die Reichskonferenz hält die Befolgung der Genfer Richtlinien für eine nützlichere Kohlenpolitik als alle gegenseitigen Abschnürungsversuche der Kohlenländer.“

Husemanns Ausführungen zur politischen Lage waren unerhört. Er behauptete u. a., daß der „sozialistische Gedanke als Ventil der Krisennot bruchstückweise Verwirklichung in der Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse gefunden“ hätte. Diese bruchstückweise Verwirklichung sei in den wirtschaftspolitischen Staatseingriffen zu suchen, die „in der Methode antikapitalistisch“ seien, doch leider „keinen sozialistischen Inhalt“ hätten. HUSEMANN schloß diese „Ueberlegungen“ so: „Wir sehen hier wie überall, daß dem Wirtschaftssozialismus ein Wirkungsfeld erschlossen ist. Nur muß er noch heran, um es beackern zu können.“

Ueber unsere Aufgaben während der Krise äußerte sich HUSEMANN wie folgt: „Solange die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht ist, ist die Anwendung rein sozialistischer Wirtschaftsmethoden auf demokratischem Wege nicht möglich. Die Bahn des Putsches aber ist ungangbar und verbrecherisch. Die Feststellung dieses Tatbestandes steckt den Rahmen für unsere Politik ab. Sie geht dahin, auf sozial- und lohnpolitischem Gebiet das Erreichte so weit wie irgend möglich zu erhalten.“

HUSEMANN äußerte sich nicht darüber, durch welche Aktionen das Klassenbewußtsein gestärkt werden kann. Er sprach zwar über die Präsidentenwahl, kam aber nicht darauf, daß sie eine ausgezeichnete, das Klassenbewußtsein stärkende Aktion der Arbeiterklasse darstellt.

Subventionierung des Aachener Bergbaus.

h Berlin, 16. Februar.

Durch Verordnung der Reichsregierung sind nunmehr auch die im Aachener Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Angestellten und ihre Arbeitgeber mit Wirkung vom 1. Januar bis zum 31. März 1932 von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit worden.

Abmeldungen vom Religionsunterricht.

Zunahme in Leipzig, Dresden und Chemnitz.

E. A. Die Korrespondenz des Landesverbandes der Christlichen Elternvereine Sachsens veröffentlicht eine Statistik über die Anmeldung der Schulanfänger für Ostern 1932 und deren Beteiligung am Unterricht in Lebenskunde in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz.

In Leipzig sind von 7941 Schulanfänger 5614 (70,7 %) für Religionsunterricht und 2327 (29,3 %) für Lebenskunde angemeldet; in Dresden von 6515 Kindern (85,67 %) für Religionsunterricht und 934 (14,33 %) für Lebenskunde; in Chemnitz 87,33 % für Religionsunterricht und 12,67 % für Lebenskunde. Die Abmeldungen vom Religionsunterricht haben gegenüber dem Vorjahre in Leipzig um 1,4 %, in Dresden um 0,04 % und in Chemnitz um 1,92 % zugenommen. In Leipzig beträgt die Zahl der vom Religionsunterricht abgemeldeten Kinder fast ein Drittel aller Schulanfänger. Die Gesamtzahl der vom Religionsunterricht abgemeldeten betrug

1925	17,62 %	1929	19,49 %
1926	18,01 %	1930	18,79 %
1927	18,60 %	1931	18,90 %
1928	18,73 %	1932	19,95 %

Beschränkung der Zahl der Lehrerstudenten in Sachsen.

Dresden, 16. Februar.

Das sächsische Volksbildungsministerium hat die Zahl der Anwärter für den Volksschullehrerberuf an der Universität Leipzig und der Technischen Hochschule Dresden für das Studienjahr 1932-33 von 225 im Vorjahre auf 175 herabgesetzt.

Zusammengehen Preußens mit Hamburg.

Berlin, 16. Februar.

Zwischen Preußen und Hamburg ist eine Vereinbarung getroffen worden, die das Nebeneinander der beiden Länder auf dem Gebiete des gewerblichen Unterrichtswesens durch verständnisvolle Zusammenarbeit ersetzt. Die öffentlichen gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Fachschulen des einen Landes stehen in Zukunft Aufnahmesuchenden des anderen zu den gleichen Bedingungen wie den Einheimischen offen. So können gleichartige Parallelanstalten im weiteren Umkreis von Hamburg nunmehr verschwinden. Preußen löst die Vereinigten Technischen Staatslehranstalten für Maschinenwesen in Altona zum 1. April dieses Jahres auf.

Fabrikant wegen fahrlässiger Tötung von Arbeitern verurteilt.

Berlin, 15. Februar.

Eine Pinselabrik hatte chinesische Ziegenhaare bezogen und war von der Lieferfirma darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Ziegenhaare vor der Veräberung desinfiziert werden müßten. Die Desinfektion wurde nicht vorgenommen. Fünf Arbeiter wurden so mit Milzbrandbazillen angesteckt; vier Arbeiter starben an Milzbrand. Der Fabrikant wurde unter Anklage der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung gestellt. Das Schöffengericht verurteilte ihn, die Strafkammer sprach ihn in der Berufungsverhandlung frei. Das Reichsgericht hat das freisprechende Urteil wieder aufgehoben.

Leider ist die Höhe der Strafe nicht gemeldet worden.

Liga gegen Unterdrückung!

A. S. Berlin, 17. Februar.

Am 16. Februar veranstaltete die Liga gegen Imperialismus eine Versammlung mit dem Thema: Gegen den japani-

schen Ueberfall in China. Die Veranstaltung war gut besucht; es sprachen sechs Redner. MÜNZENBERG erörterte unter anderem die Unvermeidlichkeit der proletarischen Revolution, die er so sicher erwarde wie andere Leute die Jahreszeiten. Der „Funke“, als die Zeitung einer Gruppe, die der Liga angeschlossen ist, und die sich bemüht, über die Revolution vernünftigeren Ansichten zu verbreiten, wurde den Verkäufern auf Anordnung der U. B. L. (der KP natürlich) von Kommunisten zerrissen und gestohlen. MÜNZENBERG selber redete sich heraus — er wisse von nichts! Er hat aber auch nichts gegen den Rechtsbruch seiner Genossen. Damit entpuppt sich auch der „überparteiliche“ Verein der Liga gegen koloniale Unterdrückung als ein Reklameunternehmen zum Bauernfang, wie MÜNZENBERGS literarische Unternehmungen in Gestalt der von ihm geschaffenen Boulevardpresse.

Gespräch mit Radek in Genf.

„Was denken Sie über die Konferenz?“
„Eine sehr gute Einrichtung. In Moskau kann ich immer erst um 4 Uhr zu Bett gehen: hier gehe ich schon um 24 Uhr schlafen.“

„Kennen Sie NELSON?“
„Ja, diesen Professor der Philosophie in Heidelberg.“
In Wirklichkeit Göttingen.

„Was denken Sie über NELSON?“
„Wissen Sie, die deutsche Philosophie hat für mich nach HEGEL aufgehört; seitdem gibt es nur schlechte Varianten.“
„Haben Sie etwas von NELSON gelesen?“

„Nein!“
„Also Ihr Urteil...“
„Es stimmt. HEGEL hat noch Wert; das war noch das letzte, was wir vom Bürgertum übernehmen konnten. Jetzt verkaufen wir in Rußland mehr von HEGELS Schriften als in Deutschland. In 10 Jahren wird es bei uns eine wissenschaftlich gebildete Generation geben.“

Ich brauch die Unterhaltung ab. R. B.

Diese wissenschaftlich gebildete Generation wird dann wie RADEK, über Dinge schwatzen, die sie eingeständenermaßen nicht kennt. Sie wird (geschult an HEGEL) über Tatsachen (wie z. B. NELSONS Schriften) nicht die Erfahrung befragen, sondern wird sich darüber etwas ausdenken — kurz: sie wird nicht wissenschaftlich gebildet sein, sondern aus Ignoranten bestehen, die wie RADEK zu faul oder zu dogmatisch sind, zu studieren, aber überheblich genug, zu urteilen. Gute Lehrmeister! Und schade um die russischen Genossen mit ihrer Gläubigkeit solchen Lehrern gegenüber! Und Männer wie RADEK wollten als Lehrer (RADEK sogar als Rektor!) an der chinesischen Universität in Moskau den Chinesen Denken und Bildung beibringen. Welche tolle und geschmacklose Anmaßung!

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 19. Februar, bei der Holstenstr. 10 I. Beginn 20.15 Uhr.
Thema: 1. Heraus mit der Parteipolitik aus den Gewerkschaften! Das „Volksblatt“ verleumdet den ISK. 2. Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl. Der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts“ ist schriftlich eingeladen worden. Er erhält auf Wunsch mehrmals das Wort in der Aussprache.

Berlin: Bezirk Neukölln, Donnerstag, den 18. Februar 1932, 20 Uhr, im Restaurant Sulz, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Schafft die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse zur Reichspräsidentenwahl!

Hamburg: Freitag, den 19. Februar, 20.15 Uhr, Volkshaus Eimsbüttel, Eichenstr. 61.
Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Kopenhagen, 17. Februar.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark hat sich in der letzten Woche um rund 6000 vermehrt. Sie beträgt jetzt 146 124.

Auf Veranlassung des Sozialministers ist ein Aufruf an die dänische Geschäftswelt ergangen, allen Arbeitslosen beim Einkauf von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Kohlen und Koks 10 Prozent Ermäßigung zu gewähren.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 18. Februar.

Breslau:
19.10 Landessekretär ANTON LINKE: Die Enzyklika Pius XI. „Quadragesimo anno.“

Leipzig:
14.00 W. GÖPEL: KÄTHE KOLLWITZ.

Mühlacker:
22.35 Junge Generation: Gespräch zwischen PAUL LAVEN und einem jungen Bauern.

Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Die Ergebnisse der XVII. Partei-Konferenz der KPSU.

Freitag, den 19. Februar.

Berlin:
17.40 Junge Menschen sprechen über den Film „Es lebe die Freiheit“, von RENE CLAIR.

18.30 Landgerichtsrat von HOLTEN: Am Wendepunkt der Strafrechtspflege? (Vergleiche dazu den Artikel „Fort mit der Todesstrafe!“ in Nr. 29 des „Funken“.)

Hamburg:
18.55 Gespräch zwischen Prof. LEHMENSIEK und einigen Studenten der Pädagogischen Akademie Kiel über Erziehungsfragen.

Königswusterhausen:
11.30 Für praktische Landwirte: Fragen der genossenschaftlichen Organisation.

18.00 Dr. FRITZ TÄNZLER: Die soziale Krise in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wien:
19.35 „Missa solennis“ von BEETHOVEN.

Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Depps, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Eindbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquäleret beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Welmar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 51 42

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Cello, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

Apfelsaft

naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus

Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis

Henri Barbusse

„Denen die fragen: Ist es wahr? muß man antworten: Die Wahrheit ist schlimmer!“

DIE HENKER

Einzig berechnete Uebersetzung. Von Heinrich Nelson. 148 Seiten. Mit 2 Landkarten. Preis: Brosch. 2,80 RM.

Dieses Buch rührt an dein Gewissen!

Barbusse berichtet als Augenzeuge aus der Hölle Europas: „Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland sterben am weißen Terror.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zentrumspolitik.

Überlegene Taktik.

Zu den Konkordatsverhandlungen in Baden.

Bg. Anlässlich der gegenwärtigen Konkordatsverhandlungen in Baden schreibt die „Frankfurter Zeitung“, die Abneigung des Liberalismus gegen Konkordate habe zwar noch ihren guten Sinn, aber die katholische Kirche sei doch, „indem sie praktisch ihren Geltungsanspruch gegenüber dem Staat mit dem der anderen Religionsgemeinschaften paritätisch verknüpfte, von ihrem bisherigen geschichtlichen Anspruch auf Ueberordnung über den Staat . . . zurückgetreten“ und habe sich in die politische Front anderer gesellschaftlicher Mächte eingeordnet. „Für den heutigen Stand der Konkordatsfrage ist dieser Sachverhalt von größter Wichtigkeit.“

Von größter Wichtigkeit und Tragweite ist hier der verhängnisvolle Irrtum, in dem sich die „Frankfurter Zeitung“ gemeinsam mit vielen anderen liberalen Politikern befindet. Es wird nämlich übersehen, daß die katholische Kirche im Gegensatz zu anderen Organisationen die Demokratie nicht benutzt, um von ihrem von der Demokratie gänzlich unabhängigen Ziel Abstriche zu machen, sondern vielmehr, um zu verschleiern, daß sie an ihren alten Zielen unbedingt festhält. Wie geschickt die Katholiken es verstehen, den Schleier zu weben, zeit uns das kürzlich erschienene Buch des Bonner Professors A. DEMPF: „Demokratie und Partei im politischen Katholizismus“. Es klingt relativ verbindlich, wenn wir hören, der Katholizismus wolle Neutralität gegenüber allen Staatsformen mit Ausnahme des Bolschewismus. Aber DEMPF vertritt nicht nur eine „christliche Demokratie“, er weist auch auf die Staatslehre LEOS III.: „Absolute Souveränität kommt nur Gott allein zu, echte Autorität kann also nur von der göttlichen abgeleitet sein. . . . Der Vorrang der religiösen und übernatürlichen Lebensaufgabe des Menschen vor der diesseitigen bestimmt die Rangordnung der Kirche . . . vor der staatlichen Gesellschaft.“

DEMPF hat die Bedingungen für erfolgreiche katholische Tätigkeit erkannt: „Man muß sich als Katholik von Parteileidenschaften fernhalten und mit aller Kraft für die Erhaltung von Religion und Staat einsetzen.“ Die kulturpolitische Arbeit muß den Vorrang bekommen, die Fehler früherer Zeiten dürfen nicht wiederkehren. Nur so kann man Erfolge haben wie z. B. diesen: „Der holländische politische Katholizismus ist mit Recht stolz darauf, die etwa 31 Prozent der Gesamtbevölkerung Hollands in einer politischen Vertretung zu repräsentieren, die 30 Prozent der Parlamentsitze innehat. Dieser Vergleich zeigt sofort die entscheidenden Voraussetzungen des Erfolgs der preußischen Zentrumsparlei: die Lage des dortigen Katholizismus als Minorität des Staatsvolks, die Einheitlichkeit der politischen Organisation durch die kirchenpolitische Freiheits- und Paritätsforderung und eine gemäßigte Oppositionsstellung. Als Weltanschauungsparteien können Vertretungen des Katholizismus ihren gegebenen Wählerkreis fast vollständig hinter sich bringen.“

Der Ruf nach Demokratie, Freiheit und Gleichberechtigung (Parität) hat also im politischen Katholizismus ausschließlich taktische Bedeutung. Er bedeutet kein Zurücktreten der Kirche von ihrem grundsätzlichen Herrschaftsanspruch über die menschliche Gesellschaft. Im Gegenteil: dort, wo der Katholizismus der schwächere Teil ist, bieten Demokratie, Freiheit und Parität die besten Chancen für den Aufbau jener auf „echter Autorität“ ruhenden Gesellschaft. Die kluge Bescheidenheit jener taktischen Forderungen ermöglicht es außerdem, unter „Fernhaltung von Parteileidenschaft“ eine breite Front für sie in Bewegung zu setzen — nicht nur Katholiken, sondern z. B. auch die Liberalen von der „Frankfurter Zeitung“, und mit der Unterstützung des heutigen Staates zu arbeiten statt gegen seinen Widerstand.

Der Kampf für Freiheit und Parität (im Bunde mit den Liberalen!) ist also für den deutschen Katholizismus heute der kürzeste Weg zur Verwirklichung seines Herrschaftsanspruchs. Dieser Sachverhalt ist „für den heutigen Stand der Konkordatsfrage von größter Wichtigkeit“.

Was lernen wir Sozialisten aus dieser überlegenen Taktik für die Einheitsfrontpolitik der Arbeiterklasse? Wenn auch nicht das heuchlerische Benehmen der Zentrumspolitik, so

doch wenigstens das vorübergehende Zurückstellen des Endziels hinter die Erreichung der Tagesziele!

Eine Vorstandssitzung des Preußischen Zentrums.

W. R. Am 31. Januar sprach der preußische Wohlfahrtsminister HIRTSIEFER auf einer Sitzung des Vorstandes der preußischen Zentrumsparlei. Ueber dieses Referat wurde auf einer Arbeiter-Versammlung des Zentrums in einer deutschen Industriestadt berichtet. Wir geben im folgenden nach dieser Darstellung einige Ausführungen HIRTSIEFERS wieder.

Konkordat und Schulfrage.

Die Deutschnationalen werden im kommenden preußischen Wahlkampf voraussichtlich das Zentrum angreifen wegen seiner Taktik beim Abschluß des Preußen-Konkordats. Der deutschnationale Vorwurf geht dahin, daß das Zentrum beim Abschluß des Konkordats die Schulfrage unberücksichtigt gelassen habe. Die Deutschnationalen wollen sich also katholischer gebärden als das Zentrum. Das Zentrum könne aber auf Grund eines bisher geheimgehaltenen Briefwechsels nachweisen, daß es in der Schulfrage bestimmte Zusicherungen erhalten habe. Das Zentrum werde, wenn nötig, mit diesen Dokumenten herausrücken.

Eine christliche Front

gebe es in Preußen — Deutschland nicht ohne das Zentrum; das möge man sich klarmachen. Wenn man bei einer Partei wie dem Christlich-sozialen Volksdienst Annäherungsbestrebungen bemerke in Angelegenheiten, die mit den Wünschen des Zentrums zusammenträfen, so möge man eine Verbindung aufnehmen.

Zur „Eisernen Front“

möge man sich in Gesprächen positiv äußern; im übrigen solle sich jedoch jeder Zentrumsmann von ihr fernhalten.

In der Personalpolitik

habe man schöne Erfolge gehabt. Um die geeigneten Personen zur Verfügung zu haben, sehe man bereits von unten auf, bereits auf der Schule, darauf, geeignete Menschen heranzubilden. Das sei jetzt allerdings insofern erschwert, als Erziehungsbefähigten nicht mehr in dem Maße wie früher zur Verfügung stünden.

Wirtschaftsberatungen in Oesterreich.

r Wien, 16. Februar.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. BURESCH hat am heutigen Dienstag vormittag zunächst die diplomatischen Vertreter der Hauptmächte Deutschland, England, Frankreich und Italien empfangen und ihnen eröffnet, daß Oesterreich unbedingt einer Erweiterung seines wirtschaftlichen Arbeitsraums bedürfe. Die österreichische Regierung wünsche mit allen Nachbarstaaten und mit allen übrigen Staaten, die dazu bereit seien, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten. Bisher seien allerdings alle Versuche in dieser Richtung an politischen Schwierigkeiten gescheitert. Der Bundeskanzler gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Regelung der Einfuhr, die durch die gegenwärtigen Verhältnisse erzwungen sei, nicht den Handelsverkehr mit dem Auslande gefährden werde. Oesterreiche Wirtschaft bedürfe zu ihrem Wiederaufbau dringend einer größeren Bewegungsfreiheit. Der Bundeskanzler ersuchte

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Februar erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

sie begraben. Er muß auch — und das ist nicht weniger zwingend — alles versuchen, was möglich ist, um die Zukunft zu retten.

Wir dürfen nicht auf die offiziellen Mächte, welche es auch sein mögen, rechnen. Das Heil kann nicht von da kommen. Nicht Bittschriften und nicht Zustimmungadressen an die Leiter unserer Geschicke sind in der Lage, irgend etwas an dem Räderwerk der großen politischen Maschine zu ändern, die den Gang der Ereignisse bestimmt. Und die bestehenden Gewalten werden sich ebenso wenig in diesem Falle wie sonst zu den Wortführern des Menschheitsgewissens machen.“

„Deshalb muß die öffentliche Meinung sich unmittelbar geltend machen, und sie darf die große Gerechtigkeitsregelung nicht den großen Schauspielern überlassen, die ihre Rolle zu spielen haben.“

„Die öffentliche Meinung — ich will es zum Schluß wiederholen — lebt es, sich in einen Nebel von Optimismus zu hüllen, und die großen Zeitungen, die vervollkommenen Leiter des Gewissens dieser öffentlichen Meinung fördern mit Vergnügen diese Verblendung. Es mußte der Mord an MATTEOTTI kommen — und das war doch nur eine unter tausend Episoden —, um die öffentliche Meinung dahin zu bringen, den wahren MUSSOLINI von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Es bedurfte der Mitschuld der Regierung in einer gemeinen Goldfälschersache, damit sie sich von dem wahren Gesicht des Regenten HORTHY und seiner Umgebung Rechenschaft gab. Tatsächlich sind die wenigen sich vorwagenden unabhängigen Zeitungen Rufer in der Wüste. Und wenn diese öffentliche Meinung durch irgendeine sensationelle Enthüllung sich gestört gesehen hat, dann fällt sie ohne den geringsten Vorwand gern in ihre süße Torheit zurück; denn vor allem wünscht sie, daß man sie in Frieden läßt. Es genügt irgend eine Ungeschicklichkeit an der Spitze der leitenden Maschine und die hohle Reklame, die durch die Erklärungen eines neuen Portfeuille-Inhabers in Umlauf gebracht wird, um sie zu beruhigen. Es ist zu befürchten, daß dies für Bulgarien und eventuell für Rumänien zutrifft. Und an dem Tage, an

Zu diesem Punkt führte der Polizeipräsident STIELER aus, daß man in der preußischen Schutzpolizei ein Drittel der Stellen der Polizeischulen mit katholischen Anwärtern besetze. So bilde man in ausreichender Menge katholische Schutzpolizisten heran. Es sei aber nötig, daß die Vereine sich mehr um die katholischen Schutzpolizisten kümmern; denn gerade bei der Schupo herrsche Sympathie für die SP. Mustergültig habe hier die Berliner Zentrumsparlei gearbeitet: in Berlin habe man 200 Polizeibeamte zusammengbracht und versammle sie regelmäßig, um mit ihnen über ihre besonderen Wünsche zu sprechen.

Die Ansiedlung katholischer Bauern

machte Fortschritte und werde vor allem in der katholischen Diaspora wie Pommern noch stärker betrieben werden.

Was der deutschen Arbeiterschaft bevorsteht.

Selbst für den Fall, so führte HIRTSIEFER aus, daß die Reparationslasten „von uns“ genommen werden sollten, ist weder BRÜNING noch den anderen Regierungen in Deutschland bisher ein Mittel zur Balancierung der Etats bekannt. Für 1932 und auch für 1933 sei keine Erleichterung der wirtschaftlichen Last zu erhoffen. Es seien vielmehr weitere einschneidende Sparmaßnahmen zu erwarten. Vor allem müßten die Kommunen endlich mit Sparmaßnahmen Ernst machen.

Als Regierungsrat HEINE und ein anderer Teilnehmer durch Zwischenrufe gegen die Einführung weiterer Sparmaßnahmen protestierten und in der Diskussion dazu sprechend wollten, wurde, besonders vom zweiten Vorsitzenden der Preußischen Zentrumsparlei, dem Rechtsanwalt MÖNNIG, gesagt, über die Sparmaßnahmen solle aus außenpolitischen Gründen nicht weiter gesprochen werden, auch auf dieser Vorstandssitzung nicht. Die Wahrheit sei, daß, wenn wir nicht endlich rigoros zu sparen begonnen hätten, andere uns dazu gezwungen haben würden. MÖNNIG unterband strikt jede Diskussion über dieses Thema und bat, die Sache vertraulich zu behandeln.

Auf die Frage, wie Deutschland aus dem Elend herauskommen solle, antwortete HIRTSIEFER: Entweder werde Europa in den Brand hineingerissen, der jetzt im Fernen Osten begonnen habe; dann könne bei dieser Gelegenheit für Deutschland die Erlösung kommen. Oder Frankreich verrenne sich weiter und isoliere sich völlig; dann würde es vielleicht mit Hilfe der anderen Großmächte möglich sein, Deutschland die Freiheit wiederzugeben.

HIRTSIEFER ist von Haus aus Arbeiter und entstammt der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

die Gesandten, ihre Regierungen zu bitten, die Bestrebungen Oesterreichs möglichst weitgehend zu fördern.

Hieran schloß sich dann ein weiterer Diplomateneingang, in dem der Bundeskanzler den Vertretern der anderen Staaten Mitteilungen im gleichen Sinne machte.

Das englische Zollgesetz.

m London, 16. Februar.

Das Unterhaus nahm nach einer Rede des Schatzkanzlers das Zollgesetz mit 451 gegen 73 Stimmen in 2. Lesung an. Der Innen-, der Erziehungsminister, der Staatssekretär für Schottland und 23 Liberale stimmten gegen die Regierung.

Zinssenkung für Siedler.

h Berlin, 16. Februar.

Der Siedlungsausschuß des preußischen Landtages nahm einen deutschnationalen Antrag an, der das Staatsministerium ersucht, zur Linderung der Notlage der Siedler die in der Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 vorgesehene Zinssenkung um rund 2 Prozent für die Pfandbriefe den Siedlern nach Möglichkeit in vollem Umfange zu Teil werden zu lassen und demnach die Renten an die Landesrentenbank auf 3 Prozent herabzusetzen. Die weitere Forderung des Antrags, wonach allen neuen auf die Landesrentenbank zu übernehmenden Siedlern drei Freijahre im Sinne des Landesrentenbankgesetzes gewährt werden sollten, wurde gegen die Antragsteller, die Deutsche Volkspartei und Landvolkpartei, abgelehnt.

DIE HENKER

Von Henri Barbusse

(Copyright by Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin.)
(Fortsetzung.)

Man fand eines Tages in der Umgebung Sofias den verstümmelten Leichnam einer siebzehnjährigen Studentin aus dem Bezirk Tatar-Pazardjik; auf ihr war ein Zettel befestigt mit der Aufschrift: „Vaterlandsverräterin. Wer vorbeigeht, speie sie an und gehe weiter!“ Die Frau des Kapitäns KRONNEFF wurde im Bett, mit ihrem Kind an der Brust, erschlagen, und am Morgen des nächsten Tages fand man ihren Leichnam auf der Straße. Grund: Ihr Mann sympathisierte mit der Bauernorganisation. Ganz nahe bei der Eisenbahnstation Belowo, wo im September 1923 sechszwanzig Menschen ermordet worden waren, fand man einen Mann und eine Frau und ein sechsjähriges Kind zerfetzt. „Der Anblick, der sich den Vorübergehenden bot, war so entsetzlich, daß mehrere Personen in Ohnmacht fielen.“

„Ein ungarischer Journalist, DESIDER ANDORCA, der über den Tod zweier sozialistischer Redakteure in Nepszawa geschrieben hatte, welche aus ihren Wohnungen heraus verhaftet und in der Donau ertränkt worden waren, wurde nach dem Konzentrationslager von Zalaegersog geschickt, wo er 25 Monate blieb. Augenblicklich wird er verfolgt, weil er versucht hat, im Ausland ein die Gewalttaten und Verbrechen, denen er beigewohnt hatte, schilderndes Buch zu veröffentlichen.“

„Es darf uns nicht mehr genügen, die Tatsachen festzustellen. Für jeden Zustand, welcher er auch sein möge, gibt es immer eine Abhilfe. In dieser Balkanfrage, die uns beschäftigt und die uns quält, ist es die erste Pflicht des anständigen Menschen, zu einem unvoreingenommenen Urteil zu kommen, die Wahrheit von den Lügen zu befreien, die

dem irgend ein großes skandalöses Ereignis, wie das unumgänglich ist, endgültig den Bankrott des Völkerbundes und seines Programms eines imperialistischen Heiligtums des Krieges herbeiführen wird, wird es genügen, daß diese Einrichtung den Namen ändert, um das allgemeine Vertrauen aufs Neue zu gewinnen und die zeitgenössische Gesellschaft in aller Ruhe ihren Weg zum Abgrund wieder aufnehmen zu lassen.“

Diese Veröffentlichungen haben einige Proteste von seiten der Repräsentanten oder der Verteidiger der offiziellen Balkanstellen zur Folge gehabt.

In diesen von der Polemik und von Voreingenommenheit eingegebenen Protesten allgemeinen Inhalts finde ich nichts, das mich veranlassen könnte, meine Darstellung der Tatsachen und der Statistiken, ebenso wie die Schlüsse, die meiner Ansicht nach von selbst daraus folgen, in irgendeiner Hinsicht zu ändern. Man hat mir kein ernsthaftes Dementi entgegengestellt; ich brauche deshalb nicht auf jene angeblichen Richtigstellungen einzugehen, und ich nehme bis auf weiteres an, daß ich im Voraus darauf erwidert habe.

Ich will indessen eine Mitteilung erwähnen, die auf Veranlassung der bulgarischen Gesandtschaft in Paris im „Temps“ erschienen ist und die im wesentlichen besagt, daß ich einen der Vergangenheit angehörigen Zustand schildere, da der Regierungsantritt des Kabinetts LJAPTSCHEW Bulgariens die Gesetzlichkeit und den inneren Frieden wieder gebracht habe.

Ich kann eine derartige, der Wahrheit völlig zuwiderlaufende Behauptung nicht hingehen lassen. Und da ich in diesem Punkt keinerlei Zweideutigkeit bestehen lassen will, erinnere ich daran, daß am 20. Februar der Bezirksgerichtshof in Sitwen über die 151 Angeklagten der „Verschwörerorganisation“ geurteilt hat. Es sind 31 zum Tode, 12 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, die übrigen zu 15, 12 und 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Am selben Tage hat in Sofia der Prozeß gegen die Vertreter der Bauernpartei und der Kommunistischen Partei im Ausland begonnen.

(Schluß folgt.)

Augen auf!

Warnruf einer Unternehmer-Zeitschrift vor Währungs-Experimenten.

Die „Not-Winke“ (Heft 8, vom 26. Januar 1932) bringen folgende beachtenswerte Mahnung:

„Von Zeit zu Zeit werden von den maßgebenden Hütern der deutschen Währung, das heißt von der Regierung und der Reichsbankleitung, Erklärungen abgegeben, daß von den Grundlagen gesunder Währungspolitik unter keinen Umständen abgegangen werde und daß man auch keine Experimente mit der Währung vornehmen lassen werde. . . .

Der Wert regierungsseitlicher Erklärungen wird . . . abgeschwächt, wenn trotzdem die Vorzimmer in gewissen Ministerien und Direktorialräumen nicht leer werden von einflussreichen Personen, die ihr ganzes Schwergewicht mit all ihren Beziehungen politischer und wirtschaftlicher Art in die Waagschale werfen, um Stimmung zu machen für eine Geldabwertung.

Und schließlich wird der Wert offizieller Versicherungen dadurch eingeschränkt, wenn die befolgte Geld-, Kredit- und Währungspolitik der Reichsbank Veranlassung zu so starker Kritik bietet, wie dies der Fall ist:

Wir haben Ende des Jahres einen Notenumlauf erreicht, der fast genau demjenigen des Vorjahres entspricht: 4,77 Milliarden RM. Dieser Notenumlauf wurde begleitet durch ein Anwachsen der Wechselbestände, die am Jahreschluß 4,14 Milliarden RM betragen haben. Wenn man sich klar macht, in welcher Weise die Umsätze der Wirtschaft zurückgegangen sind, und wie die Summen, die für Lohn und Gehälter aufgebracht werden müssen, schrumpften, wird man zugeben, daß der Notenumlauf weit über das Maß dessen hinausgeht, was wirtschaftlich gerechtfertigt ist, zumal hierzu noch der fortgesetzt erhöhte Umlauf an ungedecktem Silbergeld kommt, der auf über 1 1/4 Milliarden Reichsmark gestiegen ist.

Man komme jetzt nicht mit dem Einwand des verlangsamen Umschlages oder gar dem der Hamsterung von Noten. Beides sind Werte, die nicht zahlenmäßig erfassbar sind, die aber praktisch keine große Rolle spielen dürften. An dem Ergebnis ändert sich nichts: es besteht darin, daß es der Währungspolitik nicht gelungen ist, den Notenumlauf auf den natürlichen Bedarf der Wirtschaft zu beschränken. . . .

Die Schwäche der deutschen Währung ist ganz unverkennbar. . . . Gegenüber dieser Schwäche der Währung weisen offizielle Stellen darauf hin, daß die Entwicklung der Großhandelsindexziffern und der Devisenkurse die unbedingte Stabilität der Mark beweisen. Wenn man aber davon überzeugt wäre, daß sich die Reichswährung im freien Markte in jedem Falle stabil halten würde — warum öffnet man dann nicht die Pforten für einen freien Devisen- und Wertpapiermarkt?

Wer Zahlen zu werten versteht, kann im Ernst nicht bestreiten, daß der innere Wert der deutschen Währung im letzten Jahr gelitten hat. Das ist ja auch einer der Punkte, bei dem die Befürworter der Devaluation einsetzen. Statt aus der Währungsentwicklung den einzig zuverlässigen Schluß zu ziehen, nämlich alle Mittel zur Herstellung einer unbedingt sicheren Währungsgrundlage einzusetzen, fordern diese Befürworter der Währungsverfälschung eine Wertherabsetzung, entweder durch Aenderung der Bankgesetze, Devaluation (Geldwertherabsetzung), oder durch unmittelbare Beraubung der Gläubiger — durch Denomination (Herabsetzung der Schulden ohne Veränderung der Währung). Wird doch heute bereits gemunkelt, daß, wenn der in der Durchführung befindliche Preisabbau keine Erfolge zeitige, nur noch der Weg der Devaluation übrig bliebe.

Vor kurzem hat jemand einmal das Wort ausgesprochen, daß der Großteil der deutschen Notlage ver-

schwunden wäre, wenn man über die Interessen einer schmalen, aber einflussreichen Schicht von Großindustriellen und Großagrariern zur Tagesordnung überginge. Der Ausspruch enthält zweifellos eine Uebertreibung, aber der Kern des Grundgedankens ist richtig. Diejenigen Leute, die sich in ihrer wirtschaftlichen Voraussicht getäuscht und schwere finanz- und wirtschaftspolitische Fehler gemacht haben, die in leichtsinniger Weise Schulden aufgenommen haben, die sie jetzt nicht abtragen können, die keine wirtschaftlichen Zusammenhänge sahen oder sehen wollten, — die fordern heute — wiederum — unter dem Schlagwort der Devaluation (Geldwertherabsetzung) einen Raubzug auf die Taschen der breiten Sparer-schichten, derer, die in redlicher Arbeit mühselig Mark für Mark erspart haben. Die Devaluation, deren Einsetzung man schlagartig über Nacht fordert, wäre eine Prämie für geschäftliche Fehler, die aus der Tasche der Sparsamen und Vorsichtigen gezahlt würde, damit die festgefahrenen großen Konzernleiter und gewisse öffentliche Körperschaften wieder flott würden.

Es ist ein falscher, verlogener Sirenen-gesang, wenn von einem solchen Massenbetrug eine Gesundung erwartet wird. Man stelle sich einmal die Wirkung vor, die mitten in den in der Durchführung begriffenen Preisabbau hineinplatzt; dieses Durcheinander in einem noch nicht ausgeglichenen Zustand der Preissenkung! Man mache sich die Verschiebung aller Preise klar, besonders bei Waren, die mehr oder weniger Bestandteile haben, die in Auslandswährung bezahlt werden müssen. Die Devaluation (Geldwertherabsetzung) treibt — das ist die andere Seite des Blattes — die Beschaffungskosten aller vom Auslande zu beziehenden Waren in die Höhe. Es ist längst nachgewiesen, daß von einem derartigen Experiment keine wesentliche Exportsteigerung erwartet werden darf. Alle anderen Länder würden sich dagegen sofort durch weitere Zollmaßnahmen schützen. Von katastrophaler Wirkung wäre eine Wertminderung der deutschen Währung für alle, die Auslandsschulden zu bezahlen haben, weil der deutsche Schuldner dann erhöhte Aufwendungen machen müßte, denn dem Auslande gegenüber können ja solche Wertherabsetzungen nicht Platz greifen. . . .

Darum sollte man in allen Vorzimmern von „Chefkabinetten“ jenen geschäftigen Befürwortern der Geldwertherabsetzung die Türe zeigen und sie ein für allemal an die frische Luft setzen. Es bedeutet wirtschaftlichen und politischen Selbstmord, das Interesse der Wenigen durch Bruch der gemachten Zusicherungen, durch Betrug, über das der Vielen zu setzen.“

Wir unterstreichen die hier von Unternehmenseite gemachte Feststellung,

„daß der Großteil der deutschen Notlage verschwunden wäre, wenn man über die Interessen einer schmalen, aber einflussreichen Schicht von Großindustriellen und Großagrariern zur Tagesordnung überginge.“

Die Zeitschrift, der wir die vorstehend wiedergegebenen Ausführungen entnehmen, ist eine Unternehmer-Zeitschrift, aber sichtlich keine Zeitschrift der Schwerindustriellen und der Großgrundbesitzer. Wir sehen hier deutlich, daß Differenzen zwischen den verschiedenen Unternehmergruppen bestehen und ihnen allmählich bewußt werden. Diese Differenzen könnte die Arbeiterschaft leicht nutzen, wenn sie im übrigen bereit wäre, eine sozialistische Wirtschaftspolitik in der Regierung mehr und mehr zur Geltung zu bringen.

K. H.

Zur Lage in England.

Neuerdings werden Goldmünzen von Edelmetallhändlern mit Aufgeld öffentlich gekauft. Für ein Goldpfund werden statt 20 Schillingen etwa 27 1/2 Schillinge bezahlt. Das Publikum steht in den betreffenden Büros in langen Reihen an, um Goldmünzen zu verkaufen.

Die französischen Guthaben in London belaufen sich auf schätzungsweise 20 bis 25 Millionen Pfund (rund 330 Millionen Mark). Sollten die Abzüge in demselben Maße wie bisher anhalten, werden diese Guthaben bis Mitte des Jahres völlig abgezogen sein und schon nach ein bis zwei Monaten keine wichtige Rolle mehr spielen.

Die Reingewinne der Warenhäuser waren 1931 weit geringer als im Vorjahr: Der Reingewinn bei HARRODS (London) ist um 700 000 Pfund geringer (Dividende trotzdem noch 17,5 Prozent!). Der Reingewinn bei SELFRIDGE & Co. hat sich gegenüber dem Vorjahr um 31 000 Pfund verringert.

Die Entwicklung der industriellen Produktion zeigen die nachstehenden Indexziffern (1924 = 100) für die einzelnen Vierteljahre 1930 und 1931 (im folgenden mit römischen Ziffern bezeichnet):

	1930				1931			
	I.	II.	III.	IV.	I.	II.	III.	IV.
Gesamtindex	109,6	100,9	90,7	92,7	85,1	80,6	81,1	89,5
Eisen u. Stahl	118,1	104,1	85,2	72,9	63,2	55,8	49,1	50,1
Textilindustrie	112,9	90,6	68,4	87,7	79,3	84,8	82,1	106,7

Es wurde davon gesprochen in den größten englischen Häfen Freihandelszonen einzurichten (ähnlich wie zum Beispiel in Hamburg). Das Handelsministerium wird überlaufen von Delegationen von Stadtverwaltungen, Handelskammern und Reedereiorganisationen, die um Berücksichtigung ihrer Interessen bei Festlegung der Freihandelszonen bitten. Der Handelsminister hat erklärt die Einrichtung von Freihandelszonen nach kontinentalem Muster käme nicht in Frage.

„Nur ein Tippfehler?“

Zu den Methoden des wirtschaftspolitischen Kampfes.

Das Institut für Konjunkturforschung bemüht sich im allgemeinen mit Erfolg, einwandfreies Material für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage zusammenzutragen. Nun ist ihm im neuesten Wochenbericht das Versehen unterlaufen, im Text und einem Schaubild die deutsche Butterproduktion nur mit einem Zehntel ihres tatsächlichen Wertes anzugeben.

Gleich stürzt sich die HUGENBERG'sche „Landwirtschaftliche Wochenschau“ auf diesen Fehler und schreibt unter der an böswillige Verleumdung grenzenden Ueberschrift „Nur ein Tippfehler?“. . . . Das könnte nur ein Tippfehler, eben die Fortlassung einer Null sein. Aber es macht denn doch stutzig, daß auch in der gleichzeitig gegebenen graphischen Darstellung mit diesem Tippfehler gearbeitet wird. . . .

Fest steht, daß die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mit ganz anderen Methoden als bloßen Tippfehlern arbeitet; wir haben das erst kürzlich in Nr. 38 des „Funken“ unter der Ueberschrift „Gegner des Fortschritts in der Landwirtschaft“ ausführlich nachgewiesen.

Rpt.

Oeffnung der deutschen Börsen.

Kurse bleiben geheim.

Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe hat am 16. Februar den Börsenvorständen mitgeteilt, daß er mit der Abhaltung von Wertpapierbörsen nunmehr einverstanden sei; doch solle von amtlichen Kursfeststellungen zunächst noch abgesehen werden. Es ist bekanntlich verboten, Börsenkurse zu veröffentlichen; ferner soll davon abgesehen werden, verpfändete Wertpapiere zu verkaufen; zunächst wird also nichts geschehen als eine Verlegung des auch während der Börsenschließung teilweise sehr lebhaften Wertpapierhandels von den Telefonapparaten der Banken in die Börsenräume an der Burgstraße.

So sieht der Gehaltsabbau in den höheren Regionen aus!

Der neue Generaldirektor der verkrachten Oesterreichischen Kreditanstalt, der Holländer VAN HENGEL, erhält im Augenblick der Unterzeichnung seines Anstellungsvertrags 30 000 holländische Gulden (51 000 Mark) sofort ausbezahlt. Als Jahresgehalt sind ihm laut Wiener „Arbeiter-Zeitung“ 13 500 englische Gold-Pfund (275 000 Mark) zugesagt, die auf sein Verlangen in Gold ausgezahlt werden müssen; von diesem Gehalt werden 10 000 Pfund von den Auslands-gläubigern und 3500 Pfund von der österreichischen Regierung bezahlt.

Zucker-„Politik“.

Einschränkung der Zuckerproduktion in Java.

Die javanischen Zuckerproduzenten haben beschlossen, für das Jahr 1933 nicht mehr als die Hälfte der 1928—30 jährlich im Durchschnitt erzeugten Menge zu produzieren. Einige Fabriken haben vor, eine noch stärkere Produktionsenkung vorzunehmen.

23 Millionen Mark Gewinn in der jugoslawischen Zuckerindustrie.

In Jugoslawien kosten ein Kilogramm Zucker 13,45 Dinars (100 Dinars entsprechen 7,40 Mark). In diesem Preise sind 6,65 Dinars Steuern enthalten. Ferner liegt auf Zucker ein Einfuhrzoll von 3 Dinar per Kilo. Auf dem Weltmarkt kostet 1 kg tschechischer Zucker 3,80 Dinars. Es ergibt sich somit, daß die jugoslawischen Zuckerproduzenten die ganze Differenz zwischen Binnenmarktpreis und Weltmarktpreis in die Tasche stecken, soweit sie nicht den Steuerbehörden zufließt. Das ist darum möglich, weil die Zuckerraffinerien in Jugoslawien (insgesamt 40) sämtlich in einem Kartell vereinigt sind. Ihr Monopolprofit, den sie den Konsumenten abnehmen, wird auf jährlich 300 Millionen Dinar geschätzt. So wird die Macht der Kartelle durch Zölle gestützt.

Auch Dänemark Selbstversorger für Zucker?

Dänemark, dessen Bevölkerung, auf den Kopf gerechnet, am meisten Zucker auf der Erde verbraucht, will mit Gewalt die Zuckerproduktion steigern. Der vom Handelsminister ausgearbeitete Entwurf zu einem Zuckermopolgesetz sieht vor: Das Gesetz bestimmt, welchen Preis die dänischen Zuckerraffinerien den Rübenbauern zu bezahlen haben (1,80 Kronen pro Doppelzentner). Der Minister bestimmt die Größe der einzelnen Anbauflächen, den Großhandelspreis für Zucker ab Fabrik, den Preis für eingeführten Zucker, „notfalls“ auch den Kleinhandelspreis. Ein- und Ausfuhr von Zucker bedarf der Genehmigung des Ministers. Dieser hat ein Kontrollrecht über die Zuckerraffinerien. — Es ist eine abschüssige Bahn, auf die sich hier die dänische Agrargesetzgebung begibt! Schon protestieren übrigens die Rübenproduzenten auf Lolland und Falster gegen den zu niedrigen Rübenpreis.

Vernichtung von Zuckervorräten.

Am 16. Februar wurde in Heidelberg der 6. Kongreß der Internationalen Vereinigung europäischer Zuckerrübenpflanzler eröffnet. Zur Diskussion stand vor allem die Frage, wie das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch von Zucker behoben werden könne. Ein polnischer Delegierter empfahl Aufrechterhaltung des CHADBOURNE-Planos zur Beschränkung des Rübenanbaues, und die Zerstörung der Hälfte der augenblicklichen Vorräte, um dadurch den Zuckerpreis auf das Doppelte zu steigern. Ein seltsamer Vorschlag, da doch Zucker z. B. in Deutschland fast das Vierfache des New Yorker Preises für unverzollten Zucker kostet! Hat man vielleicht vor, fortlaufend so viel Zucker zu zerstören, bis die Vorräte dem wegen der Preiserhöhung immer weiter sinkenden Verbrauch angepaßt sind?

Subventionen her!

95 deutsche Trampreeder haben bei der Reichsregierung Anträge auf Unterstützung eingereicht; sie verlangen zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe 12 Millionen Mark. Das Reichsverkehrsministerium will ihnen nur 4 Millionen geben, und zwar in folgender interessanter Form: Für jede Bruttoregistertonne, die abgewrackt wird, sollen bis zu 30 Mark Subvention gezahlt werden (Marktpreis für das Altmaterial etwa 6 Mark). Mit Hilfe von 4 Millionen Mark könnte so etwa ein Sechstel des Schiffraums zum Verschwinden gebracht werden. — Im Reichsverkehrsministerium ist man anscheinend auf den Gedanken sehr stolz; man hofft dort gleichzeitig (!), den Schiffsraum vermindern zu können, und: der Wertindustrie ein gewisses Maß von Tätigkeit zu sichern. Man vorspricht sich eine „moralische“ Wirkung auf das Ausland, wenn Deutschland vorangeht und die Tonnage bereinigt, statt (!) kostspielige Subventionen zu geben. — Es scheint fast, daß sich alle Wirtschaftsführer und Ministerialbeamten darauf konzentrieren, neue Methoden für Subventionen auszuknobeln.

Der Hamburger Bierstreik.

Einige Blätter behaupten, daß der Bierstreik, der in Hamburg und Umgebung gegen die Bierpreissenkung geführt wird, ein Zeichen des „allgemeinen Unwillens“ sei; dieser richte sich gegen die unzulängliche Senkung des Bierpreises infolge der Uebersteuerung des Bieres. Der „allgemeine Unwille“ hat nun zwar nicht dazu geführt, daß die Gäste der Schankstätten sich weigerten, Bier zu trinken, sondern vielmehr dazu, daß die Wirte Wein statt Bier ausschenken, und — wie uns scheint — nicht gegen den Willen der Brauereien. Es streiken also nicht die Konsumenten, sondern die Brauereien und Schankwirte. Ihr Unwille richtet sich auch nicht etwa dagegen, daß die Schankwirte, die sowieso nicht im entferntesten Gewinne in der Höhe machen, wie sie auch jetzt noch bei den Brauereien üblich sind, einen großen Teil der Preissenkung tragen müssen, sondern lediglich gegen die Steuerpolitik des Reichs und der Gemeinden.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der „Streik“ in dieser Hinsicht auch erfolgreich sein wird: nachdem noch vor wenigen Wochen vom Reich erklärt worden ist, daß vorläufig an eine Biersteuersenkung nicht gedacht werden könne, wird jetzt erneut erklärt, das Reich habe eine baldige Senkung der Biersteuer in Aussicht gestellt. Das ist nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, daß der Hamburger Staat angeblich seit Beginn des Streiks einen Steuerausfall von 40 000 Mark zu verzeichnen hat. — Wenn es um die Löhne der Arbeiter, oder um die Erwerbslosenunterstützung geht, ist der Staat weniger nachgiebig als hier, wo die Profite der Brauereien in Gefahr sind!

M. e.